

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Arbeitsgruppe zur zweiten Rheinbrücke und Planfeststellungsverfahren – Drucksache 15/1355 (geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, die aber – ich füge das hinzu nicht unbedingt ausgeschöpft werden müssen.

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Groh von der CDU-Fraktion.

Abg. Manfred Groh CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die straßenverkehrliche Erschließung des Wirtschaftsraums Karlsruhe, Südpfalz und Nordelsass ist dringend erforderlich, will man die hohe Wirtschaftsdynamik nicht weiter aufs Spiel setzen. Der Raum Karlsruhe gehört, wie Sie wissen, noch zu den wirtschaftsstärksten und demzufolge stetig wachsenden Regionen in ganz Deutschland. Die Landesregierung hat in der Stellungnahme zu dem Antrag Drucksache 15/639 bestätigt, dass ihr keine andere, mit Karlsruhe vergleichbare Stadt und kein vergleichbares Oberzentrum mit nur einer Rheinbrücke bekannt sei.

Meine Damen und Herren, die neue Brücke ist nicht nur für die Wirtschaft von herausragender Bedeutung, sondern beispielsweise auch für die Karlsruher Krankenhäuser, denn viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fahren tagtäglich mit ihrem privaten Pkw aus der Pfalz nach Karlsruhe. Es geht somit nicht nur darum, Wachstum um jeden Preis zu erhalten, sondern vielmehr darum, die Rahmenbedingungen der rund 17 870 pendelnden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern. Dies zeigt, dass es in der Sache nicht allein um Karlsruher bzw. baden-württembergische Interessen geht, sondern dass es sich um grundlegende, grenzüberschreitende Verkehrsprobleme handelt. Im schlimmsten Fall kommen für die Menschen Umwege über Germersheim im Norden und über die Staustufe bei Iffezheim im Süden in Betracht.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Beide Querungen liegen aber, wie Sie wissen, Herr Kollege, 30 km von der bestehenden Brücke Maxau entfernt. Die Belastungen für die Menschen sind schon während der jetzigen Bauarbeiten auf der Rheinbrücke extrem. Morgens und abends bilden sich kilometerlange Staus auf beiden Seiten des Rheins.

Zu allem Überfluss kommt noch hinzu, dass die Rheinüberfahrt Iffezheim derzeit aufgrund von Bauarbeiten am Rheinkraftwerk Iffezheim nur einspurig und mit Ampelschaltung befahren werden kann. Somit sind zwei von drei Rheinquerungen im Großraum Karlsruhe nur sehr eingeschränkt befahrbar. Die Fahrzeiten verlängern sich in Stoßzeiten um mehr als eine Stunde.

Welche Alternativen haben denn die Pendler Ihrer Meinung nach, Frau Staatssekretärin? Ich frage auch Herrn Verkehrsminister Hermann. Es ist sicherlich nicht mit Ihrer Forderung getan, dass alle 17 870 Pendler nach Karlsruhe ziehen oder auf den ÖPNV umsteigen sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im November 2011 wurde ein Faktencheck zum Thema „Zweite Rheinbrücke“ durchgeführt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass am Ende

des Faktenchecks alle Experten auf beiden Seiten des Rheins eine zweite Rheinbrücke als dringlich und notwendig angesehen haben.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Auch die Vertreter des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur und des Regierungspräsidiums Karlsruhe haben sich eindeutig positioniert. Lediglich Sie, Frau Staatssekretärin Dr. Splett, haben bei Ihrer Abschlusserklärung eine vorbereitete Erklärung vorgelesen, die bei den Anwesenden die Frage hat aufkommen lassen, ob tatsächlich alle an derselben Veranstaltung teilgenommen haben.

(Zuruf der Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

– Ja, so war das.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Nachdem man sich im Ergebnis nicht, wie von Ihnen erhofft, eindeutig gegen eine zweite Rheinbrücke ausgesprochen hatte, sondern genau das Gegenteil herauskam, wurde auf Drängen der Grünen in Baden-Württemberg in einer gemeinsamen Kabinettsitzung der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um die Ergebnisse des Faktenchecks umzudeuten. Seitdem wartet die ganze Region – das Nordelsass, die Südpfalz und die Technologieregion Karlsruhe auf deren Ergebnisse.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich diese Arbeitsgruppe, wie Sie nun in Ihrer Stellungnahme zum Antrag Drucksache 15/1764 offengelegt haben, mit ganz anderen Fragestellungen beschäftigt. Ich zitiere:

„Vorrangiges Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Verbesserungsmöglichkeiten und Alternativen zur bestehenden Verkehrssituation aufzuzeigen. Eine Positionierung für oder gegen eine zweite Rheinquerung ist nicht Gegenstand des Arbeitsauftrags.“

Dass die länderübergreifende Arbeitsgruppe ein überflüssiges Produkt der Grünen in Baden-Württemberg ist, zeigt auch die Antwort von Staatsminister Lewentz aus Rheinland-Pfalz vom 8. Februar 2012

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hört, hört!)

auf eine Kleine Anfrage meines Kollegen Martin Brandl aus der Südpfalz, Drucksache 16/867 – falls die Kolleginnen und Kollegen dies nachlesen wollen. Er schreibt ich zitiere:

„Aus rheinland-pfälzischer Sicht sind die wesentlichen Punkte im Rahmen des zweitägigen Faktenchecks geklärt worden.“

Somit wird deutlich, dass Sie, Frau Staatssekretärin, den Bau der zweiten Rheinbrücke ohne erkennbaren Grund weiter verzögern, besser gesagt verhindern, und das auch noch im Einvernehmen mit Ihrem Herrn Verkehrsminister.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP)

Aber nicht nur das. Auch Ihr Koalitionspartner, die SPD, hält die Brücke für notwendig. An erster Stelle möchte ich hier auf den Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid verweisen, der auf dem diesjährigen IHK-Neujahrsempfang in Karlsruhe daran keine Zweifel hat aufkommen lassen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Das habe ich auch gelesen! Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Alles Sprüche!)

Des Weiteren ist auch die SPD im Landkreis Karlsruhe zu nennen. Das sind keine Sprüche.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei denen sind das schon Sprüche!)

In diesem Sinn sind das Sprüche; das stimmt.

Darüber hinaus möchte ich auf entsprechende Resolutionen und Initiativen der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe, der Landkreise Germersheim und Karlsruhe, der Stadt Wörth, des Eurodistrikts PAMINA, der IHK, des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein und nicht zuletzt auf eine Initiative hinweisen, die von 180 Unternehmen aus der Region unterzeichnet worden ist. Ich denke schon, dass dies eine gewichtige Angelegenheit darstellt.

Der Hauptkritikpunkt der Frau Staatssekretärin war, dass es keine schlüssigen Prognosewerte über die zukünftigen Verkehrszahlen gebe. Ich würde sagen, dass die Ergebnisse der Untersuchungen durchaus schlüssig sind. Sie passen Ihnen persönlich nur einfach nicht ins Konzept. Ich glaube auch nicht, dass es entscheidend ist, diesen Wert bis ins letzte Detail zu klären. Die Notwendigkeit wurde bestätigt, weil es keine Alternativen gibt, wenn die derzeit bestehende Brücke aus irgendwelchen Gründen nicht zur Verfügung steht.

Die von Ihnen und Ihren grünen Parteifreunden aufgestellte Forderung nach mehr ÖPNV ist gut. Aber dies löst die Probleme nicht, die wir mit nur einer Rheinbrücke offenkundig haben. Man kann an dieser Stelle sagen, dass niemand von denen, die jeden Tag nach Karlsruhe pendeln, gern im Stau steht. Es ist aber auch klar, dass jeder Pendler bereits abgewogen hat, ob für ihn der ÖPNV eine lohnende Alternative darstellt oder eben nicht.

Darüber hinaus gilt, dass Sie keinen der täglich dort verkehrenden über 10 000 Lkws auf den ÖPNV verlagern können;

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auf die Straßenbahn!)

dies gilt ebenso für die Busse und die zahlreichen Firmenfahrzeuge der Handwerker.

Ist Ihnen, Frau Staatssekretärin, oder Ihrem Herrn Minister eigentlich bekannt, dass nach dem Bundesverkehrswegeplan die Rheinbrücke Maxau das höchste Aufkommen an Schwerlastverkehr in ganz Deutschland zu verzeichnen hat? Offenkundig nicht. Sie berufen sich darauf, dass sich eine Mehrheit des Karlsruher Gemeinderats gegen die zweite Rheinbrücke ausgesprochen hat, zuletzt am 24. Mai 2011.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Richtig!)

Ich sage Ihnen gleich etwas dazu. Dabei scheinen Sie auch zu vergessen, dass der Gemeinderat diesbezüglich gar kein Befassungsrecht hat, weil es sich um eine Bundesstraße handelt.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wir machen eine Politik des Gehörtwerdens!)

Nein, nein. Zum Versuch einiger Karlsruher Parteien, es auf eine Enteignung ankommen zu lassen eine Enteignung auch der Stadt, weil einige der Grundstücke städtisch sind, um so das Projekt zu verhindern, kann ich nur sagen: Das ist schlichtweg perfide.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wollen Sie enteignen?)

Sie wollen enteignen. Sie lassen es darauf ankommen. Die städtischen Grundstücke sind von jemandem aufgekauft worden, den ich sehr gut kenne.

Sie berufen sich des Weiteren darauf, dass es eine Mehrheit in der Karlsruher Bevölkerung gibt, die sich gegen eine zweite Rheinbrücke ausspricht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist perfide?)

Das ist perfide; das bleibt auch so.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer ist perfide? Der Gemeinderat in Karlsruhe?)

Wieso der Gemeinderat in Karlsruhe?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie haben gerade davon gesprochen, der Gemeinderat wolle enteignen!)

Sie, die Grünen, lassen es auf eine Enteignung ankommen, nicht andere.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich bin doch gar nicht dafür zuständig, zu enteignen! Sie haben vom Gemeinderat in Karlsruhe gesprochen! Sie stellen den Gemeinderat in Karlsruhe als perfide dar! Das kritisiere ich!)

Nein, ich habe gesagt „einige Karlsruher Parteien“ und habe doch da nicht vom Gemeinderat gesprochen um mich auf das einzulassen, was Sie gerade bemerkt haben.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Diese Karlsruher Parteien sind namentlich bekannt. Wenn Sie es noch einmal hören wollen: Sie gehören auch dazu.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich komme doch gar nicht aus Karlsruhe!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, spätestens seit der Volkabstimmung zu Stuttgart 21 wissen wir, dass es in der Bevölkerung sehr wohl Zustimmung für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen gibt. Es gibt eine weitere Parallele zu Stuttgart 21. Passt den Grünen ein Ergebnis nicht in diesem Fall der eindeutige Beleg für die Notwendigkeit einer zweiten Rheinbrücke, schlagen sie einfach irgendwelche Dialogforen oder Arbeitsgruppen vor. Die CDU hat grundsätzlich nichts gegen solche Foren einzuwenden, nur müssen sie ebendiese Foren zur richtigen Zeit kommen und dürfen nicht dazu benutzt werden, Projekte zu diskreditieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber es drängt sich nun einmal der Verdacht auf, dass diese Dialogforen in den Deckmantel der Bürgerbeteiligung gekleidet werden.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Aber Sie haben sie nie veranstaltet! Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Solange sie nichts bringen, braucht man sie auch nicht zu veranstalten!)

Beim Faktencheck wurde bereits die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer zweiten Rheinbrücke durch die Fachleute bestätigt. Das wissen Sie so gut wie ich, Herr Kollege Salomon.

Sehr geehrte Frau Dr. Splett, Ihr Handeln ist lediglich Augenschwermerei. Sie lassen keine Gelegenheit aus, in der Öffentlichkeit zu betonen, dass man eine zweite Rheinbrücke ergebnisoffen prüfen müsse. Den Bürgerinnen und Bürgern versprechen Sie immer und immer wieder das Blaue vom Himmel. Ihr Treiben hinter den Kulissen spricht jedoch eine andere Sprache. Deutlich wird das in den Antworten aus Ihrem Ministerium, die Sie selbst gegeben haben. Auf parlamentarische Anträge und in den Antwortschreiben z. B. an die CDU-Gemeinderatsfraktion in Karlsruhe sagen Sie eindeutig ich zitiere:

Allerdings halte ich es für wichtiger, zunächst alle Möglichkeiten für eine Verbesserung des bestehenden Straßennetzes intensiv zu betrachten, bevor eine weitere Straßenachse geschaffen wird.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Sie reden immer nur von einer leistungsfähigen Rheinquerung. Damit führen Sie die Menschen in die Irre, weil Sie insgeheim mit der zweiten Rheinbrücke abgeschlossen haben. Sie wollen sie einfach nicht. Dann haben Sie doch auch den Mut, das den Bürgerinnen und Bürgern in aller Deutlichkeit und Offenheit zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP)

Abschließend dann komme ich schon zum Ende

(Heiterkeit des Abg. Manfred Lucha GRÜNE Zuruf: „Schon“!)

möchte ich nur noch einmal betonen: Weisen Sie doch endlich das Regierungspräsidium Karlsruhe an, das Planfeststellungsverfahren durch die Erörterung abzuschließen, und fangen Sie dann an zu bauen. Denn wie Sie selbst auf meinen Antrag Drucksache 15/1764 geantwortet haben, beschäftigt sich die länderübergreifende Arbeitsgruppe gar nicht mit der zweiten Rheinbrücke. Insofern brauchen wir auch nicht kostbare Zeit damit zu verschwenden,

auf Ergebnisse zu warten, die keinerlei Bedeutung haben.

Insoweit lehnen wir auch den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/2113, ab, weil abermals versucht wird, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.

Vielen Dank.